

Vorwort

Der Herbst 2022 war für Italienerinnen und Italiener, die sich zum Antifaschismus bekennen, durch ein schockierendes Ereignis gekennzeichnet. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 25. September belegte die aus Fratelli d'Italia (FdI, Brüder Italiens) von Giorgia Meloni mit der Lega Matteo Salvinis und der Forza Italia (FI) von Ex-Premier Silvio Berlusconi gebildete rechtsextreme Allianz mit etwa 43 % den ersten Platz. Die Brüder Italiens, die führende Kraft des Bündnisses, wurden mit 26 % erste Partei, gefolgt von der Lega mit 8,8 und der FI mit 8,1 %. Die sogenannten Mitte-links-Parteien – der sozialdemokratische Partito Democratico (PD) und die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) – traten getrennt gegen die vereinten Faschisten an. Der PD schaffte es mit 19,1 % auf Platz zwei, die Fünf-Sterne-Partei auf 15,4 %. Die mit den Verdi (Grünen) angetretene Sinistra Italia (Italienische Linke, SI) erreichte 3,6 %. Der von dem früheren EU-Kommissar Carlo Calenda, Vorsitzender der Zentrumspartei Azione, gebildete »Dritte Pol«, der ein Wahlbündnis mit dem PD abgelehnt hatte, kam auf 7,8 %.¹

Was ist diesem faschistischen Wahlsieg vorausgegangen? Im Frühjahr 2018 hatte es bei den Parlamentswahlen ein Patt zwischen M5S (33,6 %) und der faschistischen Allianz (35 %) gegeben. Der PD war auf 18,7 % gekommen. Eine Regierung mit diesem lehnte der rechte Sterne-Führer Luigi Di Maio ab und wollte diese stattdessen mit der Lega bilden. Wochenlang feilschten er und Lega-Chef Matteo Salvini um den Posten des Ministerpräsidenten. Schließlich beauftragte Staatspräsident Sergio Mattarella den bis dahin parteilosen

1 Laut amtl. Mitteilung, ANSA, 26.9.2022.

Jura-Professor Giuseppe Conte mit der Bildung einer Regierung, die dieser im Juni mit Unterstützung beider Parteien formierte. Di Maio und Salvini wurden Vize-Premiers. Die Kollaboration mit der Lega, besonders die migrantenfeindliche Politik des zum Innenminister erhobenen Salvini, stieß auf scharfe Proteste an der Sterne-Basis und führte zu wachsendem Wählerschwund. Bereits im Oktober 2018 erlitt M5S bei den Regionalwahlen in Umbrien, wo sie im März mit 27,5 % stärkste Partei geworden war, mit 7,4 % eine katastrophale Niederlage, während die Lega mit 57 % siegte.

Im August 2019 scheiterte Salvini mit dem Versuch, Conte zu stürzen und selbst Regierungschef zu werden. Präsident Mattarella beauftragte Conte daraufhin mit der Bildung einer neuen Regierung. Unter dem Druck der Basis stimmte Di Maio nun einer Regierung mit dem PD, einer sogenannten Linken Mitte, zu, in der er Außenminister blieb. Im Januar 2021 brachte Mario Draghi diese zu Fall und bildete selbst eine sogenannte »Regierung der nationalen Einheit« aus den rechten Parteien – Forza Italia und Lega – mit dem PD und M5S. Der frühere EZB-Banker galt als Garant für die Sicherung der neoliberalen Herrschaft des Kapitals. Mit seinem Rücktritt Ende Juli 2022 verschärfte sich die Krise. Der PD, die entscheidende Stütze Draghis, war nicht mehr in der Lage, sich gegen M5S, die unter dem Druck des linken Teils ihrer Basis Italiens Unterstützung der Ukraine mit Waffen ablehnte, durchzusetzen. Draghis Rücktritt verdeutlichte, dass das neoliberale System seit 2007/08 (Formierung des PD und M5S, siehe Anhang) »nicht mehr in der Lage war, eine stabile Führung über die Gesellschaft auszuüben«. Die politische Ordnung »seither (war) wiederkehrenden Erschütterungen ausgesetzt, die das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zerrüttet und das politische System immer weiter nach rechts verschoben« hatten.² Nach Draghis Rücktritt löste Staatspräsident Sergio Mattarella das Parlament auf und setzte für den 25. September 2022 Neuwahlen an. Planmäßig hätten sie im Frühjahr 2023 stattgefunden.

2 Stefano G. Azzarà: Der absolute Liberalismus, in: junge Welt, 8./9.9.2022.

Giorgia Melonis FdI war der Regierung Draghis nicht beigetreten. Melonis erklärtes Ziel war, ihn zu stürzen, um vorgezogene Neuwahlen zu erreichen, bei denen sie gewinnen und, wie sie formulierte, »die Führung der Nation« übernehmen wollte. Ihre Haltung und die Aufkündigung der Gefolgschaft für Draghi durch Conte, der nach seinem Sturz die Leitung der Fünf-Sterne-Partei übernahm, bewirkten den Rücktritt Draghis. Im Gegensatz zu Meloni war Contes Hauptmotiv jedoch die Ablehnung der Unterstützung Draghis für den NATO- und EU-Kurs, die Ukraine zu einem Sieg über Russland zu befähigen. Conte trat für eine Verhandlungslösung ein. Der Hintergrund war pragmatisch. Er setzte auf vorgezogene Neuwahlen, um sich dabei Stimmen aus der Bevölkerung, die laut Umfragen zu 60 % Italiens militärische Unterstützung für die Ukraine ablehnte, zu sichern und die Sterne-Partei aus dem Wählertief herauszuholen. Immerhin konnte er damit am 25. September knapp die Hälfte der Wähler von 2018 zurückgewinnen.

In dieser Situation übernahm Draghi als Mann Brüssels in Rom die Schlüsselrolle und sicherte Meloni, wenn sie die Wahlen gewinne, seine Unterstützung zu. Derart gefördert wurden ihre FdI an der Spitze der faschistischen Allianz stärkste Partei. Nachdem der Staatspräsident Meloni den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt hatte, wurde am 24. Oktober 2022 die von ihr gebildete Regierung vereidigt.

Die nochmalige Schockwirkung der Regierungsbildung durch Meloni bestand darin, dass sie 100 Jahre nach Mussolinis »Marsch auf Rom« – die faschistische Machtergreifung durch einen Militärputsch, am 28. Oktober 1922 – erfolgte. Darüber konnte auch nicht hinwegtrösten, dass Meloni vermieden hatte, ihre Vereidigung unmittelbar an dem Tag selbst vorzunehmen. Schließlich war sattsam bekannt, dass die Führerin der Brüder Italiens sich offen zum Erbe des »Duce del Fascismo« bekannte und mehrfach erklärt hatte, sie habe dazu ein »unbeschwertes Verhältnis«.

Mit diesem offenen Bekenntnis ist Giorgia Meloni mit ihrer Partei Verkörperung der Kontinuität des Faschismus, die bereits kurz

nach dem Ende Mussolinis, an dem am 28. April 1945 ein Partisanenkommando das vom Nationalen Befreiungskomitee verhängte Todesurteil vollstreckte, einsetzte. In der Tat gelang es dem italienischen Faschismus nach Kriegsende, sich als Bewegung weitgehend intakt über seinen politischen und militärischen Zusammenbruch hinwegzuretten und den neuen Bedingungen anzupassen. Sucht man nach den Ursachen für diese Kontinuität, stößt man auf die Fortdauer seiner potenziellen Nützlichkeit. Gefördert von der US-Besatzungsmacht, der es um die Sicherung der Südflanke der künftigen NATO und dazu um die Verhinderung einer linksdominierten Regierung ging, wurde der Faschismus von rechten bourgeoisen Kreisen bis hinein in die regierende Democrazia Cristiana (DC) als Reserve am Leben erhalten, um ihn in Krisenzeiten auch an der Macht zu beteiligen. Das erfolgte dann erstmals 1994 unter Berlusconi mit dem Führer des 1946 als Nachfolger der Mussolini-Partei konstituierten Movimento Sociale Italiano (MSI), Gianfranco Fini, dem Nachfolger des MSI-Gründers Giorgio Almirante. Diese Situation trat nun nach dem Rücktritt Draghis 2022 wieder ein.

Noch im April 2022 hatte Meloni beim Tod von Assunta Almirante, der Witwe des MSI-Gründers am 26. des Monats, ihr Festhalten am unverfälschten Erbe des Mussolini-Faschismus bekräftigt. Der *Corriere della Sera* erinnerte daran, dass Assunta Almirante seit dem Tod ihres Ehemanns als »respektierte Königinmutter und Gralshüterin des Erbes Mussolinis in der Bewegung« galt. Meloni nahm an ihrer Beerdigung in der Basilika Santa Maria in Montesanto auf der Piazza del Popolo in Rom mit zahlreichen führenden Faschisten ihrer FdI, die am Sarg »den römischen Gruß« zeigten, teil. Laut dem *Corriere* würdigte die FdI-Führerin die Frau des MSI-Gründers als »eine Säule des historischen Gedächtnisses der italienischen Rechten« und machte die für sie folgenschwere Bemerkung: »Ich habe ein unbeschwertes Verhältnis zum Faschismus«, anders ausgedrückt, hatte sie »keine Probleme« damit. Dieses in der Tat ihre Haltung wiedergebende Bekenntnis dürfte sie nach ihrem Wahlsieg wohl bereut haben, denn es führte, als ihre Berufung zur Minister-

präsidentin bevorstand, neben der Kritik an ihren EU-feindlichen Positionen zu einem Proteststurm.

Massive Kritik gab es an der von ihr durchgesetzten Wahl von Ignazio La Russa zum Senatspräsidenten, dem zweiten Mann des Staates, der mit ihr 2012 maßgebliche Gründungsfigur der Fratelli Italiens war und neben ihr die personifizierte Verkörperung des Erbes des Mussolini-Faschismus ist. Medien, nicht nur linke wie *Manifesto* oder das Magazin *Contropiano*, sondern auch der Mailänder *Corriere della Sera* und die römische *La Repubblica* berichteten, dass La Russa offen Mussolini verherrlichte, von dem er als zweiten Vornamen Benito übernommen hatte, er im Wahlkampf behauptete, dass alle Italiener »Erben des Duce« seien, er während der Corona-Pandemie öffentlich die Italiener aufrief, sich nicht mehr die zu Hand geben, sondern den »Römischen Gruß« (den rechten Arm zu heben, wie sich Mussolini grüßen ließ, was Hitler als »Führergruß« übernommen hatte) zu zeigen, er öffentlich mit Stolz in seinem Wohnzimmer faschistische Devotionalien und eine Statue Mussolinis vorführte. In Mailand protestierten auf der Piazzale Loreto Antifaschisten gegen die Wahl La Russas und erinnerten an die unter dem Faschismus Mussolinis begangenen »Eroberungen, Massaker und Morde«. Auf Plakaten wurde gezeigt, dass hier am 29. April 1945 die Leichen Mussolinis und weiterer Führer des Faschismus an den Füßen und mit den Köpfen nach unten aufgehängt worden waren – und dass auf dem Platz am 12. August 1944 Mussolini-Faschisten 15 Geiseln so zur Schau gestellt hatten.

Noch bevor Staatspräsident Mattarella ihr den Auftrag zur Regierungsbildung erteilte, unternahm Meloni deshalb eine Kehrtwende. Sie präsentierte sich als zuverlässige »Atlantistin«, gab sich europafreundlich, versprach, alle gegenüber der EU eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, und bekräftigte, eine von ihr geführte Regierung werde an der militärischen Unterstützung der Ukraine und den Sanktionen gegen Russland festhalten.

Danach versuchte Meloni, noch bevor sie sich zu den Konsultationen, die Staatspräsident Mattarella mit den im Parlament ver-

tretenen Parteichefs zur Regierungsbildung führte, begab, mit einer Verurteilung der »Nazifaschisten« die Proteste zu unterlaufen. Die »Ministerpräsidentin in spe distanziert sich von den historischen Wurzeln ihrer Partei«: Die Deportation der Römer Juden im Oktober 1943 bezeichnete sie nun als »dunkle Stunde« und sprach von einer »Furie der Nazifaschisten«.³ Dass sie damit nun »den Zorn der Mussolini-Verehrer auf sich« zog, nahm sie vorerst einmal hin, denn es ging darum, dass der Staatschef ihre Ministerriege absegnen musste. Im Übrigen ahmte sie – fast wörtlich – ihren Vorgänger in der AN, Gianfranco Fini, nach, der, als er 1998 vor der Delegation in den Verfassungskonvent der EU stand, auch kosmetische Korrekturen vornahm und in einem Interview für den israelischen Rundfunk erklärt hatte, seine »Postfaschisten« hätten mit den »Komplizen des nationalsozialistischen Judenmordes« nichts mehr gemeinsam. Das ging schon damals von der Position aus, dass für den Holocaust ausschließlich Hitlerdeutschland verantwortlich sei.⁴ Auf dem AN-Kongress im April 2002 korrigierte Fini dann: »wir haben unsere Seele nicht verkauft« und bekannte sich ausdrücklich zur faschistischen Kontinuität. Dementsprechend begab sich zum Abschluss des Kongresses eine Abordnung von 200 Delegierten demonstrativ zur Grab- und Gedenkstätte Mussolinis in Predapio, wo sie die »guten Taten« des »Duce« würdigte und erklärte, »wir schauen in die Zukunft, aber wir werden der Vergangenheit nicht abschwören«.⁵

In ihrer Rede zur Vertrauensabstimmung in der Abgeordnetenkammer am 25. Oktober ging Meloni dann so weit, im Gegensatz zu ihren bisherigen Bekenntnissen zum Mussolini-Faschismus zu behaupten, sie habe »nie mit dem Faschismus sympathisiert«, habe

3 Südtirol News, Onlineportal, 16./17.10.2022.

4 Das geht von der nach 1945 vertretenen Hypothese aus, »die italienischen Rassengesetze seien auf Druck des deutschen Bündnispartners eingeführt worden«. Diese »entbehrt jedoch jeglicher Grundlage«, hielt Gabriele Schneider in »Mussolini in Afrika. Die faschistische Rassenpolitik in den italienischen Kolonien 1936-1941« (Köln 2000, S. 76 f.) fest.

5 La Repubblica, 6.4.2002.

»niemals Sympathie oder Nähe für antidemokratische Regimes empfunden. Für kein Regime, auch nicht für den Faschismus«; ebenso »habe ich die Rassengesetze von 1938 immer als den Tiefpunkt der italienischen Geschichte betrachtet, als eine Schande, die unser Volk für immer prägen wird.«⁶

In *Il Manifesto* schrieb die Chefredakteurin der linken Zeitung, Norma Rangeri, zutreffend, Meloni habe »den großen Sprung vom Status eines Underdogs zum Ansehen einer institutionellen Figur, von der Rolle der Parteiführerin zu der einer Regierungschefin versucht«. Das »mühselige Unterfangen gelang allerdings nicht«. Sie setze den Weg der Kontinuität der Draghi-Regierung mit den »schlimmsten illiberalen, obskurantistischen und faschistischen Regimes in Europa« fort. Sie habe »ihre Hausaufgaben im Sinne derer gemacht«, die sie »jenseits der Grenze beobachten«. Sie habe geschworen, dass sie keine Sympathie für »autoritäre Regime, einschließlich des Faschismus« habe, ohne sich allzu sehr um die vom Fernsehen gesendeten Videos über ihre »leidenschaftliche Wertschätzung für Mussolini«, den »großen Staatsmann« zu kümmern. Heute seien »Freiheit, Gleichheit, Demokratie« die Eckpfeiler ihres neuen Kurses. »Mit der Melonischen Macht, einschließlich der Medien, werden wir sehen, welche imaginäre, welche kulturelle Hegemonie das Land einhüllen wird.«⁷

Ausgehend von den von Sebastian Haffner angeführten Vergleichen, zu denen wir detaillierter kommen, schien ein historischer Rückblick auf Mussolini angebracht. Ebenso zur Kontinuität des Faschismus nach 1945, die zur Regierung unter Berlusconi mit den Mussolini-Nachfolgern führte, die Meloni erklärtermaßen wiederholen will. Hervorzuheben war schließlich auch das Kapitel über das Versagen des viel gepriesenen neoliberalen Systems, das in den Faschismus Berlusconi-Machart mündete. Ausführlich gehe ich auf die Haltung der weiter zersplitterten Opposition ein, frage,

6 ANSA, 25.10.2022.

7 *Il Manifesto*, 25.10.2022.

wie weit Antonio Gramscis antifaschistische Bündniskonzeption heute noch zutrifft bzw. Wirkung entfalten kann.

Soviel zur Einführung in das Thema. Der Anhang enthält – um einen Überblick zu geben – eine Auswahl der nach dem Zusammenbruch des alten Parteiensystems 1991/92 entstandenen Parteien. Darauf stützt sich der Text, wobei es, um den Zusammenhang zu wahren, gelegentlich Wiederholungen gibt. Unter der Überschrift »Quo Vadis Italia« wird thematisiert, dass der Fortgang der Ereignisse in beträchtlichem Maße vom Ausgang des in der Ukraine geführten Krieges beeinflusst werden dürfte. 60 % der Italiener lehnen die Beteiligung Italiens ab. Der Übergang zu einer Verhandlungslösung, die Meloni bisher ablehnt, was aber in ihrer Koalition umstritten ist, würde für sie eine außenpolitische Niederlage bedeuten.